

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 886846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Ilse Janz zum 60. Geburtstag von Hans Koschnick: Merkmal: Kraftvoll, zupackend, engagiert.

Seite 1

Dieter Rogalle MdEP zum Jahresbericht des Bundesgrenzschutzes 1988: „Fritze“ Zimmermann als Münchhausen.

Seite 3

Hans Urbaniak MdB zum Beharren der Bundesregierung auf der Änderung der Ladenschlußzeiten: Realitätsferne Sturheit.

Seite 4

Dokumentation:

SPD-MdB Freimut Duve, Mitherausgeber des ro-ro-Essays „Der vormundschaftliche Staat“ von Rolf Henrich, hat SED-Generalsekretär Erich Honecker in einem offenen Brief aufgefordert, das Berufsverbot des Autors als Rechtsanwalt aufzuheben. Wortlaut:

Seite 5

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwert und Versand.

44. Jahrgang / 62

31. März 1989

Merkmal: Kraftvoll, zupackend, engagiert

Zum 60. Geburtstag von Hans Koschnick

Von Ilse Janz

Vorsitzende der SPD-Landesorganisation Bremen

Ein Mann wird 60, dessen beherrschendes Karriere-Merkmal es zeitlebens war, stets der Jüngste gewesen zu sein: Hans Koschnick, nicht nur in seiner Heimatstadt, dem Bundesland Bremen, eine der herausragendsten und ungewöhnlichsten politischen Persönlichkeiten unserer Zeit, sondern auch bundesweit und international einer der markantesten und beachtesten Repräsentanten der deutschen Sozialdemokratie der letzten Jahrzehnte.

Doch zurück zu seinem Lebenslauf:

1955, gerade 26 Jahre alt, wird Koschnick als Mitglied der Bremischen Bürgerschaft der jüngste Abgeordnete im Nachkriegs-Deutschland. 1959, nur vier Jahre älter, steht er als stellvertretender Landesvorsitzender bereits an der Spitze der Bremer SPD.

1963, ein Benjamin von 34 Jahren, beruft Wilhelm Kaisen Hans Koschnick zu seinem Innensenator und macht ihn zum jüngsten Landesminister der Republik. 1966 steht er selbst an der Spitze des Bundeslandes Bremen, ist Bürgermeister und Präsident des Senats, kaum noch erwähnenswert, daß er wieder einmal der Jüngste ist, diesmal Youngster unter den Ministerpräsidenten der Länder.



So beeindruckend seine Karriere, so beeindruckend die Politik, für die Hans Koschnick steht. Verwalten ist nie die Art des Gestalters Koschnick gewesen. In seinem Bundesland stellt er die Weichen in Richtung Strukturwandel, schafft mit der Luft-, Raumfahrt- und Automobiilindustrie neue Wirtschaftsstandbeine zur Abfederung der Beschäftigungseinbrüche in der krisengeschüttelten Problemindustrie Schiffbau.

„Hans im Glück“ nennt man ihn in Bremen ob seiner Erfolge. Doch auch Niederlagen bleiben nicht aus. Der Zusammenbruch der Werft „AG Weser“ wird für den Bürgermeister Koschnick, der selbst aus dem Werften-Viertel stammt, zum Anstoß für den Ausstieg aus der Landespolitik.

Als Bundestagsabgeordneter, seit 1987, bleibt er Bremen und den Interessen seiner Heimatstadt unverändert verbunden, verlagert seinen politischen Schwerpunkt jedoch auch auf die überregionale und internationale Bühne, der schon immer eine besondere Neigung von Hans Koschnick gehörte.

Das Allround-Talent, die politischen Ausnahme-Begabungen von Hans Koschnick haben viel genutzt. Der deutsche und internationale Städtetag, die ihm Präsidentenämter antrugen, die SPD, der er als stellvertretender Vorsitzender, als Präsidiums- und bis heute als Vorstandsmitglied und Vorsitzender der Internationalen Kommission diente und dient, die stille Diplomatie, die sein Vermittlungs- und Diplomaten-geschick ebenso im Nahen Osten wie in den Beziehungen zu Osteuropa nutzt.

Rastlos der Mann, der an seine Arbeit die Maßstäbe Selbstlosigkeit, Zielklarheit und Geduld anlegt. Sie befähigen ihn, die Last jenes Arbeitspensums zu tragen, das er sich selbst auf die Schultern legt. Getrieben, um der Sache willen, von dem Ideal weltweiter Verständigung und der Idee des demokratischen Sozialismus. Eine Prägung, die Hans Koschnick in frühester Jugend im Widerstandskampf und in der Verfolgung seiner Eltern unter dem Nazi-Regime erfuhr, und die zeitlebens Richtschnur seines Engagements blieb und bleibt.

(-/31.3.1989/va-hc/rs)

* * *

„Fritze“ Zimmermann als Münchhausen

Eine Nachlese zum Jahresbericht des Bundesgrenzschutzes 1988

Von Dieter Rogalla MdEP

Der Tätigkeitsbericht des Bundesgrenzschutzes (BGS) vom Bundesinnenminister in Bonn, kürzlich vorgestellt, kam erst in der zweiten Märzhälfte - ohne Anschreiben und Datum - in meine Hände. Dies widerspricht eindeutig den Zusicherungen, die Friedrich Zimmermann in einem Treffen mit Europaparlamentariern aller Parteien vor Jahren gab und inzwischen schriftlich bestätigte. Der Vorwurf der Europaferne ist insoweit noch mild.

Viel schwerer wiegt, daß die für die Bewertung der Tätigkeit des BGS im EG-Zusammenhang notwendige Unterteilung der Tätigkeit an den sogenannten Außengrenzen, also gegenüber Drittländern, die nicht der EG angehören, wie Schweiz und Österreich, von der Tätigkeit an den sogenannten Binnengrenzen, also zum Beispiel gegenüber den Niederlanden oder Frankreich nicht gemacht wird. Flughäfen und Häfen, in denen gemischte Grenzbeziehungen liegen, müßten ebenfalls gesondert aufgeführt werden.

Diese Unterteilung würde nämlich zeigen, daß die Aufgriffe von Schwerkriminellen wie Drogenhändlern, Verbrechern wider das Leben etc. an den Binnengrenzen weiter zurückgehen, was die Aufhebung der Personenkontrollen zum 1. Januar 1990 auch sachlich rechtfertigt.

Der globalen Feststellung des Bundesinnenministers, „den Grenzkontrollen kommt nach wie vor eine wichtige Funktion für die innere Sicherheit zu“, widerspreche ich deshalb nachdrücklich. Ebenfalls unrichtig und tendenziös ist die Unterstellung, der zum 1. Januar 1990 zwischen den sechs Gründerstaaten der EG im Schengener Abkommen fest vereinbarte Abbau der Grenzkontrollen führe „zu einer freien Fahrt für Rechtsbrecher“ in Europa. Diese unangemessene Münchhausenformel disqualifiziert den Bundesinnenminister und seinen Parlamentarischen Staatssekretär Spranger sowie seine Beamtinnen und Beamten in den Führungsetagen eindeutig. Sie ist extrem europafeindlich.

Festzustellen ist nämlich, daß nach unserer Rechtsordnung - man kann das bedauern - alle Verbrecher freie Fahrt haben, innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik, bevor sie infolge von Verdacht oder Beweisen wegen einer begangenen Tat verfolgt werden. Es gibt also außer den Strafgesetzen keine präventive Verbrechensbekämpfung. Insoweit dürfen auch Straftaten, die bisher an den Grenzen als Filter anders behandelt wurden, künftig keine Sonderstellung mehr haben.

Der Ausgleich besteht in engerer Zusammenarbeit zwischen allen Sicherheitsbehörden über die Binnengrenzen hinweg, einschließlich des Aufbaus eines datengespeicherten Informationssystems per Computer. Schließlich dürfen Schwerverbrecher nach ihrer Tat in unserer Zeit nicht mit mittelalterlichen Methoden verfolgt werden.

Im Rahmen dieser kurzen Würdigung bleibt schließlich darauf hinzuweisen, daß vom Bürger aus gesehen in der Verbesserung der Sicherheitslage durch mehr Zusammenarbeit eine Verspätung von dreißig Jahren (seit Inkrafttreten der Europaverträge am 1. Januar 1958) besteht. Zimmermann hat in den letzten Jahren keine technischen Verbesserungen oder Verstärkungen der Arbeit der Sicherheitsbehörden vorgenommen. Er hat nicht einmal eine zentrale Zuständigkeit für die Bekämpfung der Drogenkriminalität erreicht.

Die Krokodilstränen im BGS-Jahresbericht, der noch in vielen Einzelheiten Irreführungen und Fehler enthält, dürfen über die Hilflosigkeit und das Abseitsstehen der Bundesregierung nicht hinwegtäuschen. Erst das Europäische Parlament hat hier seit 1979 Dampf gemacht.

(-/31.3.1989/vo-he/rs)

Realitätsferne Sturheit

Zum Beharren der Bundesregierung auf der Änderung der Ladenschlußzeiten

Von Hans Urbaniak MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

In einem historischen Kompromiß wurde 1955 zwischen den Verbraucherverbänden, den Gewerkschaften und dem Einzelhandelsunternehmensverband die heute noch gültigen Ladenschlußzeiten festgelegt.

Dieser Kompromiß zwischen den unterschiedlichen Interessenvertretern hat sich seit dieser Zeit mit Erfolg bewährt. Keine der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien sahen bis Anfang der 80er Jahre eine Notwendigkeit, diese Zeiten zu ändern. Noch bei Regierungsantritt erklärten Vertreter der CDU/CSU/FDP-Koalition, daß sie in dieser Frage keinen Handlungsbedarf sehen und anderslautende Meldungen eine böswillige Unterstellung der SPD-Opposition wären.

Aber wie das so ist mit Erklärungen dieser Bundesregierung: Der Gesetzentwurf zur Einführung eines Dienstleistungsabends, der die Änderung der Ladenschlußzeiten beinhaltet, liegt seit dem 26. September 1988 vor und die Diskussion über Sinn oder Unsinn dieser Regelung ist mal wieder voll entbrannt. Dabei ist festzustellen, daß die Kompromißpartner von damals ihre Meinung bis heute nicht geändert haben und in seltener Einmütigkeit die von der Bundesregierung gewünschte Änderung ablehnen. Die öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung am 8. März 1989 war ein eindrucksvolles Beispiel für diese Haltung.

Dabei ist es etwa nicht so, als würden die Betroffenen ohne Begründung bei ihrem Nein bleiben. In den vergangenen Jahren sind in den verschiedenen Städten der Bundesrepublik in Modellversuchen die Abendöffnungszeiten erprobt worden, um am Käuferverhalten festzustellen, ob sich die Bedürfnisse seit 1955 wirklich grundlegend geändert haben. Der letzte Versuch wurde im Februar 1989 in Hamburg unternommen, der nach Übereinstimmung des Verbandes der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels in Hamburg ein glatter Fehlschlag war.

Nach ähnlich laufenden Tests in der Vergangenheit hatten diesmal nur knapp 1.000 der insgesamt rund 10.000 Hamburger Ladengeschäfte geöffnet, die ausnahmslos in den innerstädtischen Einkaufspassagen lagen. Außerhalb dieser Passagen war die Beteiligung in der City mit nicht mehr als ungefähr 20 Läden verschwindend gering. Der Verzicht der anderen Geschäfte wurde mit dem nichtvorhandenen Käuferinteresse von vorangegangenen Testabenden begründet.

Zusammenfassend kam der Verband zu der Ansicht, daß die Abendöffnung bei durchweg enttäuschendem Verlauf für die Einzelhändler, wieder ein Fest der Gastronomie war, die mit zusätzlichen „Freißtänden“ der Hauptnutznießer dieser Einrichtung ist. Sieht man einmal von den wirtschaftlichen Fehlschlägen ab, so ist auch das Argument der Bundesregierung, mit der Änderung des Ladenschlußgesetzes mehr Arbeitsplätze zu schaffen, nicht haltbar. Durch die voranschreitende Technisierung wird im Gegensatz dazu sogar noch Personal abgebaut. In Geschäften, wo das nicht der Fall ist, werden, wenn überhaupt, nur Teilzeitkräfte eine Chance haben, die dann mit 450 DM-Verträgen eingestellt werden, die keine sozialen Absicherungen beinhalten. Die Sozialhilfeempfänger für die nächsten Jahrzehnte sind damit vorprogrammiert.

Gerechterweise muß man zugeben, daß in der Anhörung auch einige Vertreter der CDU/CSU Bedenken an der Notwendigkeit dieser Gesetzesänderung hatten. Nach den gigantischen Mißerfolgen dieser Bundesregierung bei der Steuerreform, der Gesundheitsreform, der Wohnungsbau- politik, der Ausländerpolitik und ihrer Haltung zu den Tiefflügen, ist es mehr als verwunderlich, daß sie sich ohne Not mit der geplanten Änderung der Ladenschlußzeiten ein neues Konfliktfeld aufbaut. Die Ablehnung der SPD-Bundestagsfraktion ist klar, wobei sie sich diesmal auf die Unterstützung von Interessenverbänden verlassen kann, die den Regierungsparteien sicherlich nicht ablehnend gegenüberstehen.

Diese Sturheit, ein solches absolut unnötiges Gesetz durchpeitschen zu wollen, läßt sich nur noch mit Realitätsferne oder der nicht mehr zu bremsenden Lust am Untergang erklären.

(-/31.3.1989/vo-he/rs)

DOKUMENTATION

Freimut Duve: DDR-Bürger aus der Vormundschaft entlassen

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve, Mitherausgeber des ro-ro-ro-Essays „Der vormundschaftliche Staat“ von Rolf Henrich, hat SED-Generalsekretär Erich Honecker in einem offenen Brief aufgefordert, das Berufsverbot des Autors als Rechtsanwalt aufzuheben. Der Wortlaut des Briefes:

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

als Bundestagsabgeordneter der SPD und als Herausgeber der Reihe ro-ro-ro-ESSAY schreibe ich Ihnen diesen offenen Brief.

Vor 25 Jahren ist in der Reihe ro-ro-ro-aktuell das Buch von Robert Havemann „Dialektik ohne Dogma“ publiziert worden. In diesen Tagen erscheint das Buch des DDR-Bürgers und langjährigen SED-Mitglieds Rolf Henrich „Der vormundschaftliche Staat“.

Zwischen diesen beiden Titeln sind bei ro-ro-ro-aktuell viele Bücher erschienen, die sich mit der inneren Verfassung beider deutscher Staaten befassen. Darunter auch einige, die heftig gegen die in der Bundesrepublik seinerzeit begonnene Praxis der „Berufsverbote“ argumentieren. Dies sind publizistische Formen der „Streitkultur“, wie sie das gemeinsame Papier zwischen SED und SPD fordert, und deren Behinderung mein Parteifreund Erhard Eppler dieser Tage kritisiert hat.

Die DDR hat auf die Ankündigung der Schrift von Rolf Henrich mit zwei Maßnahmen reagiert:

- Berufsverbot und
- Parteiausschluß.

Viele Kenner der DDR werden sagen: diese prompte und präzise Bestätigung der Henrich'schen These vom „vormundschaftlichen Staat“ war zu erwarten.

Ich mag naiv sein, aber ich war mir sehr sicher, daß die politische Führung der DDR gelassener und „streitkultivierter“ auf das Buch ihres Mitbürgers Rolf Henrich reagieren würde.

Ich habe mich offensichtlich getäuscht.

Wo das bestehende Denkverbot Rolf Henrich gezwungen hatte, seine Schrift außerhalb der DDR zu veröffentlichen, folgt das Berufsverbot auf dem Fuße. Wo die Parteidiskussion nach wie vor von oben gelenkt wird, folgt der Parteiausschluß sofort, wenn das Mündel der staatlichen und parteilichen Vormünder sich als selbständig denkender, schreibender und handelnder Mensch behauptet.

Weil er nicht länger Mündel, nicht länger Objekt staatlicher Gesamtweisheit sein wollte, hat Henrich dieses Buch geschrieben; weil er eine wichtige Diskussion, die ja in unzähligen Gruppen der DDR längst stattfindet, befruchten wollte, ist dieses Buch erschienen.

Bei Schiller war es noch sinnvoll, Don Carlos fordern zu lassen: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit.“ Das ist längst vorbei. Heute nehmen die Bürger sich überall ihre Gedankenfreiheit - bei uns, bei Ihnen in der DDR.

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

soll das wirklich die einzige Form der DDR sein, auf Thesen und Schriften, die sehr grundsätzlich die Fundamente der staatlichen Wirklichkeit in Frage stellen, durch deren plumpe machtpolitische Bestätigung zu reagieren? Wie seinerzeit beim Buch von Rudolf Bahro, wie jetzt beim Essay von Rolf Henrich?

Ich frage Sie: Können wir alle uns denn keinen gemeinsamen streitbaren Dialog leisten, der immer wieder bereit ist, die Grundlagen in Frage zu stellen, um die real-existierende Wirklichkeit so zu verändern, daß der Infragesteller widerlegt wird? Gibt es für die DDR wirklich keinen selbstgewählten Ausweg aus dieser unerträglichen Bevormundung der Bürger?

Eine Antwort darauf wäre auch eine Antwort auf die Zukunft des kritischen Dialogs zwischen der SPD und der SED, zwischen den Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik und den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland. Offenheit des Disputs, Entlassung der Bürger aus der Vormundenschaft. Das wären Gegenbeweise gegen die These von Henrich.

Machen Sie einen Anfang. Nehmen Sie das Berufsverbot zurück und Rolf Henrich wieder in die SED auf.

Mit freundlichen Grüßen

(gez. Freimut Duve MdB)

Herausgeber ro-ro-ro-aktuell-ESSAY

(-/31.3.1989/vo-he/rs)

* * *